

Bezugspreis:
Wochensatz 4,75 Mk.
Monatlich 16,25 Mk.
Jahrespreis 195,00 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 10. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Aufruf an das internationale Proletariat.

Bern, 8. Februar. (Schweizerische Depeschengruppe.) In der heutigen Sitzung des Internationalen Gewerkschafts-Kongresses wurde mit der Begründung der drei Teilen bestehenden Vorlage der Kommission für internationale Arbeiterorganisationen begonnen.

Proklamation an die Arbeiter aller Länder:

Die in Bern am 8. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundzüge auf: Das neue Zeitalter, die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben.

Durch die Erfahrungen des Krieges und anderer unabwehrlicher Leiden gewohnt und angereizt der durch den Krieg verursachten Verhältnisse muß sich die Arbeiterklasse sagen, daß sie sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Ordnung sichern muß.

Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die unterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeiterorganisation nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Bestandteil der Völkervereinigung gesichert werden kann.

Die Versammlung nahm ohne Erörterung die Proklamation einstimmig an.

Die Mehrheits- und Regierungsbildung.

Die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Aus parlamentarischen Kreisen erzählt man, daß die Verhandlungen der Parteien über eine Mehrheitsbildung noch nicht zu Ende geführt sind.

gemäß werden auch die Gesandtenposten nach dem Stärkeverhältnis der drei Mehrheitsparteien verteilt werden.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen Bern, hat auch der heutige Sonntag noch keine Klärung in der Frage der Besetzung der drei Präsidentenstellen (der Nationalversammlung, des Reiches und des Reichsministeriums) gebracht.

Die Ausschüsse der Nationalversammlung. Die Frage der Eliaß-Vorbringer.

In der Nationalversammlung sind sieben Ausschüsse gebildet worden: 1. Haushaltsausschuß (28 Mitglieder), 2. Wahlprüfungsausschuß (14 Mitglieder), 3. Geschäftsordnungsausschuß (21 Mitglieder), 4. Wirtschaftsausschuß (28 Mitglieder), 5. Sozialer Ausschuß (28 Mitglieder), 6. Rechnungsausschuß (14 Mitglieder), 7. Petitionsausschuß (28 Mitglieder).

Die Vertreter der Nationalversammlung werden Sonntagabend zu einer Versammlung eingeladen werden, in der die eliaß-Vorbringeren Delegationen ihren Protest gegen das Vorgehen Frankreichs in Eliaß-Vorbringen, gegen die Verhinderung der Nationalversammlungswahl, gegen die von Pariser Zeitungen geforderte Verhinderung der endgültigen Abstimmung und vor allem auch gegen die unannehmliche und gewalttätige Abschließung von Eliaß-Vorfällen und deutschen Bewohnern des Eliaß vorbringen werden.

Die Lebensmittel für Deutschland

Berlin, 8. Februar 1919. Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Genäve nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Paris getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender: Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird beauftragt werden, daß sofort rund dreihunderttausend Tonnen Schweinefleisch und Schmalzfleisch und 250 000 Äpfel landesweit Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden.

Die Bezahlung dieser Mengen ist deutschseits durch Gold und fremde Devisen sicher gestellt.

In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferungen sollen die Alliierten in Aussicht nehmen, 700 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schmalzfleisch und Schmalzfleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei dem am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitestgehende Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Ermächtigung getroffen wird.

Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie und betreffend der Abgabe der Handelsflotte aufzulegen haben und nach weiter anzulegen wollen.

Darüber ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherstellung für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferung nicht besteht.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Ein Milchstreik und seine Folgen.

Weidenhof, 9. Februar. (Telunion.) Nachdem seit 7 Tagen die Bauern der Umgebung sich in einem Milchstreik befinden, bewaffneten sich gestern nachmittags Arbeiter mit Gewehren und Munition und zwangen die Bauern der Umgebung zur Milchabgabe.

Der Ruf nach Einigung.

Die Einigkeit des deutschen Proletariats ist durch den Weltkrieg verlorengegangen. Aber das Ende des Weltkriegs hat die gespaltenen Teile nicht, wie viele hofften, wieder zusammengeführt; es scheint vielmehr, als sollte neben den Uebeln der alten Zeit, neben der Monarchie und der Junkerherrschaft, auch das höchste Gut der Arbeiterklasse ewig unter den Trümmern dieser Katastrophe begraben bleiben.

Es scheint. Aber zum Glück ist das Gefühl für die Größe des Verlustes in einem erheblichen Teil der Arbeiterklasse wach; die jüngsten Versammlungen in Berlin haben gezeigt, daß trotz aller inneren Kämpfe und trotz aller Verbitterung es zahlreiche Herzen gibt, die sich nicht ohne weiteres von dem besseren Zustand früherer Zeiten trennen wollen.

In der „Freiheit“ macht deren Chefredakteur, der unabhängige Sozialist Rudolf Hilferding, einen Einigungsvorschlag. Wenn Hilferding den Satz prägt: „Alle Unheil kommt von der Spaltung“, so unterschreiben wir das durchaus und glauben, in den letzten Jahren oft genug ähnliches gesagt zu haben. Ebenso ist dem weiteren Ausbruch Hilferdings beizupflichten, daß die Spaltung des Proletariats verhindert hat, seinen Sieg vom 9. November voll auszunutzen.

Hilferding stellt dies im einzelnen folgendermaßen dar: Eine einzige sozialistische Regierung hätte sofort nach dem 9. November eine zuverlässige Volkswehr geschaffen, statt den Versuch zu machen, radikalisierte Garden ins Leben zu rufen. Und die geringe Partei hätte eine ganz andere moralische Autorität besessen, sinnlosen, gesplitterten Eingeladungen entgegenzutreten.

Es ist beachtenswert, daß Hilferding hier im Gegensatz zu der Mehrzahl seiner Parteigenossen den richtigen Grund angibt, aus dem eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung nicht zustande kam: nicht der angelegentlich zu frühe Termin, sondern die Spaltung und der innere Kampf in der Arbeiterklasse ist die Ursache.

Aus diesen Worten klingt doch das Geständnis heraus, daß die Unabhängigen nach Hilferdings Ansicht besser getan hätten, in der Partei zu bleiben mit dem Ziele, von innen heraus auf die Politik der Partei Einfluß zu gewinnen, ein Geständnis, daß Hilferding an anderer Stelle noch unterschreibt, indem er auf das Beispiel der österreichischen und französischen Bruderparteien verweist.

Aber mit allem Debattieren darüber, wer die Schuld an der Spaltung trägt, kommt man der Einigung nicht näher, sondern man entfernt sich von ihr. Will man sich wirklich einigen, so muß der alte Streit so gründlich wie nur möglich begraben werden.

Es bewegt sich ungefähr auf derselben Linie wie die Breitscheid'schen Vorschläge, die in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ kritisiert wurden. Die Rehnlichkeit ist so auffallend, daß das zeitliche Zusammentreffen der Artikel Breitscheid's und Hilferding's kaum als zufällig erscheint.

Auch Hilferding sucht die Frage: „Demokratie oder Rätestystem?“ mit der Formel zu lösen: „Demokratie und Rätestystem nebeneinander“. Wir haben schon gestern ausführlich auseinandergesetzt, warum wir dieses Kompromiß für das denkbar unglücklichste halten. Hilferding-Breitscheid haben offenbar den Staatssekretär Dr. Breuk als Vorbild im Auge gehabt, der sich mit seinem Verfassungsvertrag „auf der Linie des geringsten Widerstandes“ zu bewegen





